

Namen und Notizen

Nachfolger für den Verkehr



Acht Jahre schon arbeitet **Christian Herrmann, 31**, in der Verwaltung des Landkreises Tübingen. Erst in

der Abteilung Liegenschaften, Rechnungswesen. Dann hat er an der Umstellung des Kreisrats auf die Doppik mitgewirkt und an der Verwaltungshochschule Ludwigsburg den Masterstudiengang Public Management absolviert. Seit drei Jahren arbeitet der gebürtige Horber als Sachgebietsleiter in der Abteilung Soziales im Landratsamt. Am Mittwoch wählte ihn der Kreistag mit großer Mehrheit zum Nachfolger von Dieter Braun. Der Leiter der Abteilung Verkehr und Straßen geht im November in den Ruhestand.

In seiner Bewerbungsrede vor dem Kreistag outete sich Herrmann als Regiobahn-Befürworter der Tübinger Innenstadtbahn. Weil er selbst Pendler ist, weiß er, wie sehr sich der Autoverkehr zu den Stoßzeiten staut. „Deshalb brauchen wir nachhaltige Alternativen“, sagt Herrmann. Als Leiter der Verkehrsabteilung wird er Chef von zirka 100 Mitarbeitern sein, derzeit sind es 20. Er freue sich auf die vielfältigen Aufgaben in der neuen Abteilung mit dem „ambitionierten Programm“ für den ÖPNV und die Radwege, sagte er. Dass sein Mitbewerber Nicolas Hanninger aus der Verkehrsabteilung im Landkreis Böblingen bei der Abstimmung nur 8 Stimmen von 62 anwesenden Kreistagsmitgliedern erhielt, war für ihn eine Überraschung. „Ich dachte eigentlich, dass es ein enges Rennen wird“, so Herrmann gegenüber dem TAGBLATT. Er selber erhielt 52 Stimmen. Herrmann ist verheiratet und lebt mit seiner Frau und der kleinen Tochter in einer Kreisgemeinde. *hoy/Privatbild*

ZAHLE DES TAGES



Erneut nicht gestiegene Zahlen der Infektionen mit dem Virus Sars-CoV-2 im Landkreis Tübingen meldete am Donnerstagabend das hiesige Landratsamt. Die Zahl der Infizierten verbleibt damit bei 1287. Ein weiterer Todesfall kam hinzu: eine Person im Alter zwischen 85 und 90 Jahren. Insgesamt sind es 59 Todesfälle im Kreis.

Fällt aus

Der für Samstag, 30. Mai, geplante Offene Stammtisch der **Rosentreue** Tübingen im Hofgut Rosenuau fällt wegen der aktuellen Situation noch einmal aus.



„DU MURMELST SO, MEIN FLUSS, WARUM? Du trägst seit alten Tagen ein seltsam Märchen mit dir um, und mühest dich, es zu sagen“, dichtete 1867 Eduard Mörike. Bild: Volker Rekkittke

Eine Erklärung mit Symbolkraft

Kreistag Der Kreis Tübingen tritt dem Bündnis „Städte Sichere Häfen“ bei. Das beschloss der Kreistag mit 29 zu 26 Stimmen. *Von Renate Angstmann-Koch*

Die FDP-Fraktion stimmte ebenso wie FWV, CDU und AfD dagegen. Anders als am Mittwoch irrtümlich berichtet, trug die FDP diesen Zusatz zu einem interfraktionellen Antrag der Grünen, der SPD und der Linken zur Flüchtlingspolitik nicht mit. „Wir wollen keine Symbolpolitik betreiben“, begründete Dietmar Schöning die Haltung seiner Fraktion.

Das Landratsamt hatte schon in seiner Stellungnahme zum ursprünglich von der Linken eingereichten Beitritts-Antrag erklärt, der Kreis habe anders als Städte und Gemeinden kein eigenes Territorium und könne deshalb nicht anbieten, aus Seenot gerettete Menschen über die üblichen Kontingente hinaus aufzunehmen. Am Mittwoch wandte Landrat Joachim Walter erneut ein, er habe ein Problem damit, sich einem Städtebündnis anzuschließen. Mit den anderen Passagen des Antrags könne er leben.

„Der Landkreis kann eine solche Erklärung nicht abgeben, da er es zu Lasten Dritter tun würde“, stützte der Rottenburger OB und Fraktionsvorsitzende der CDU Stephan Neher die Sicht des Landrats. Es gehe darum, dass Städte und Gemeinden aufgrund ihrer jeweiligen Situation anbieten können, aus Seenot Gerettete aufzunehmen. Der Rottenburger Bür-

germeister Hendrik Bednarz (SPD) warb dennoch für einen Beitritt des Kreises zum Bündnis als Symbol und wichtiger Akzent. „Von einer solchen Erklärung kann ein positives politisches Zeichen für die Einhaltung von Menschenrechten ausgehen“, sagte Andreas Linder (Linke). „Wir

„Von einer solchen Erklärung kann ein positives politisches Zeichen für die Einhaltung von Menschenrechten ausgehen.“

Andreas Linder, Kreisrat der Linken

glauben daran, dass wir heute einen kleinen Schritt der Menschlichkeit gehen“, sagte Ruth Setzler (Grüne). Der Kreis Tübingen könne ein Zeichen setzen. Er sei auch nicht der erste, der dem Bündnis Sichere Häfen beitrete.

Die beiden anderen Punkte des interfraktionellen Antrags von Grünen, Linken, SPD und – in diesem Fall auch – FDP waren nahezu unstrittig. Nur die beiden AfD-Kreisräte trugen sie nicht mit. Der Kreis Tübingen erklärt sich demnach mit seinen Städten und Gemeinden solidarisch, die dem

Bündnis „Sicherer Häfen“ beigetreten sind wie Tübingen und Rottenburg „oder in anderer Weise die Aufnahme von geflüchteten Personen unterstützen, die von privaten Organisationen aus Seenot gerettet worden sind“. Er drängt auf eine europäische Lösung, an der sich die Bundesrepublik großzügig beteiligen solle, und werde seine Ressourcen einsetzen, um über das Bündnis Sichere Häfen aufgenommene Flüchtlinge menschenwürdig zu versorgen – besonders medizinisch, bei Bildung und Arbeit.

Außerdem setzt sich der Kreis dafür ein, die Situation auf den griechischen Inseln zu entschärfen und zunächst unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der EU aufzunehmen. Sollte Städten und Gemeinden die Aufnahme solcher Flüchtlinge auch außerhalb bestehender Verteilerschlüssel erlaubt werden, unterstützt der Kreis die Gemeinden bei der Integration. Außerdem meldet er dem Bundesinnenministerium freie Kapazitäten in seinen Jugendhilfeeinrichtungen: „Damit soll die Abwicklung der beschlossenen Kontingente vorangetrieben und beschleunigt werden.“

Mehrere Redner, unter ihnen Landrat Walter, betonten, dass der Kreis bereits großzügig Leistungen übernommen habe – etwa bei der medizinischen Versorgung

der Jesidinnen. Gerade in der jetzigen Situation „dürfen wir das große menschliche Drama auf dem Mittelmeer nicht vergessen“, warb Bednarz für die Erklärung. Von kommunaler Seite müsse das Signal ausgehen, dass man aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufnehmen wolle, sagte Neher. Es gehe darum, das sichere Ende einer Flucht zu ermöglichen, an die sich ein Asylverfahren anschließen kann.

Andreas Linder von der Linken goss Wasser in den Wein. Die verheerenden Zustände für geflüchtete Menschen an den EU-Außengrenzen gäbe es nicht, wenn Deutschland und die EU eine bessere Flüchtlingspolitik betrieben. Linder dankte allen, die am Zustandekommen der interfraktionellen Erklärung mitwirkten. In dem Kompromissantrag sei jedoch von der ursprünglichen Intention seiner Fraktion wenig übriggeblieben. Man habe mehr gewollt als eine unverbindliche Erklärung, nämlich dass der Kreis zu einem verbindlichen Akteur wird. Von der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Linken sei man enttäuscht gewesen, da nur dargelegt worden sei, was aus Behördenicht nicht gehe: „Wir haben keinen Platz, wir haben kein Hoheitsgebiet, wir sind nicht zuständig.“ Das sei keine angemessene Reaktion.

Die Abgeordnete

Heike Hänsel
Bundestagsabgeordnete der Linken



Wer zahlt nun für diese Krise?

Die Diskussion über Einführung und Lockerung der Corona-Beschränkungen hält an. Ich finde, zur Ehrlichkeit gehört es anzuerkennen, dass wir als Parlamentarier vor einer völlig neuen und nie dagewesenen Herausforderung einer Pandemie standen und dabei sicher auch Fehler gemacht wurden. Deshalb ist es wichtig, die vergangenen Monate aufzuarbeiten: Sind alle Einschränkungen der Grundrechte verhältnismäßig gewesen? Immerhin hat das Bundesverfassungsgericht einige Entscheidungen korrigiert.

Vor allem: Hätte ein gut finanziertes öffentliches Gesundheitssystem mit ausreichend Pflegekräften und Intensivbetten sowie ausreichend vorhandener Schutzkleidung uns einen vollständigen Lockdown erspart und weniger klinische Lösungen ermöglicht? Kliniken, Arztpraxen und Landkreise mussten schließlich selbst auf internationale Einkaufstour für völlig überbeuerte Schutzkleidung gehen. Bis heute gibt es nicht ausreichend Schutzkleidung für Kliniken, Pflegeheime und Ärzte, das ist skandalös. Dies muss parlamentarisch aufgearbeitet und gerade für das Gesundheitswesen müssen Lehren gezogen werden.

Die Pandemie ist noch nicht vorbei. Genauso wichtig ist die Frage, wer zahlt nun für diese Krise? Die Verteilungskämpfe sind schon in vollem Gange, aus der CDU hört man, den Mindestlohn abzusenken, die Arbeitszeiten für abhängig Beschäftigte zu erhöhen und die Grundrente zu verschieben. Das ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die im Niedriglohnssektor arbeiten und während der Krise von allen belächelt wurden, auch im Bundestag. Die „Belohnung“ der Bundesregierung dafür sind also Lohnkürzungen und Altersarmut.

Angesichts von Milliardenhilfen für liquide Automobilkonzerne, die auch noch weiterhin Dividenden ausschütten, sind solche Überlegungen blanker Hohn. Stattdessen brauchen wir ein ambitioniertes sozial-ökologisches Konjunkturprogramm, das die Nachfrage stärkt. Das heißt: eine Anhebung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro, eine armutsfeste Grundsicherung, die Erleichterung von flächendeckenden Tarifverträgen und die Einführung einer solidarischen Mindestrente. Wir sind aufgrund der weltweiten Rezession auf die nachhaltige Stärkung der Binnennachfrage angewiesen. Und zum Schluss: Dass die Landesregierung nun Bars und Kneipen öffnen will, aber kein Konzept für Kita- und Schulöffnungen vorlegt, ist Totalversagen! *Archivbild: Sommer*

Hier schreiben die **Abgeordneten** in den Parlamenten im wöchentlichen Wechsel.

DAS WETTER HEUTE, FREITAG, 29. MAI 2020

20° / 6°

Heute zeigt sich oft die Sonne. Im Tagesverlauf machen sich ab und zu Wolken bemerkbar. Dazu böiger Nordostwind.

Sonnenaufgang: 5.28 Uhr
Sonnenuntergang: 21.15 Uhr

DAS WETTER GESTERN

Höchste Temp.	21.2 °C
Niedrigste Temp.	9.2 °C
Niederschlagsmenge	0.0 l/m²
Windgeschwindigkeit	8.7 km/h
Ozon (O ₃)	113 µg/m³

VORSCHAU

Sa. So. Mo.

MONDPHASEN

Do. 14.5. Fr. 22.5. Sa. 30.5. So. 5.6.

Die Temperaturwerte in Grad Celsius sowie der Ozon-Höchstwert werden in einem Zeitraum von 24 Stunden (vorgestern 16 Uhr bis gestern 16 Uhr) ermittelt. Der Ozon-Grenzwert liegt bei 180µg/m³.

Die besten Stellen in der Region finden Sie jetzt online im Jobportal des Schwäbischen Tagblatts und der Neckar-Chronik.

mein-jobmarkt.de



Einbahnstraßenverkehr am Neckar: Aus der Westrichtung ist der Weg im Zwingel gesperrt. Bild: Ulrich Metz